

Zeugnisvergabe für unsere Parteien

Von Rainer Wendt, DPoIG-Bundesvorsitzender



Es ist ein Paradoxon und zugleich eine Binsenweisheit, dass Wahlergebnisse ein Regierungsauftrag für die Zukunft sein können, in jedem Fall aber die Quittung für vorausgegangene Politik sind. Die Wählerinnen und Wähler lassen sich nicht vorschreiben, ob sie bundes- oder landespolitischen Aspekten bei ihrer Wahlentscheidung den Vorrang einräumen, im Moment dürften es zum größten Teil bundespolitische sein. Die Zeugnisvergabe für „die Ampel“ in Ostdeutschland darf als desaströs bezeichnet werden, so wie ihre Politik der vergangenen Jahre.

Die Parteien in Deutschland haben in den vergangenen Jahren den öffentlichen Dienst häufig für eine eher vernachlässigbare Wählergruppe gehalten. Das war schon immer falsch, denn Angehörige des öffentlichen Dienstes genießen regelmäßig einen guten Ruf. Sie stehen für Zuverlässigkeit, Kompetenz und Berechenbarkeit – alles Werte, die andernorts vermisst werden. Und sie haben Freunde, Verwandte und Ansprechpartner in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen, ihr Urteil wird geschätzt. Man hat etliche Regierungen gehen sehen, die geglaubt hatten, man könne den öffentlichen Dienst wie einen Hofstaat behandeln, der sich alles gefallen lässt.

Getrieben von eigener Ideologie und angefeuert von grünen Fundamentalisten hat die Bundesinnenministerin den Bundespolizeibeauftragten, das Bundesdisziplinargesetz, das Hinweisgeber-

schutzgesetz, Kennzeichnungspflicht und Kontrollquittungen geschaffen. Bundesregierung und etliche Landesregierungen haben das Land zudem mit anonymen „Meldestellen“ überzogen, die existenzbedrohende Verfahren mit ungewissem Ausgang für betroffene Beschäftigte begünstigen. Solche „Meldestellen“ passen zu totalitären Regimen, im Rechtsstaat haben sie nichts zu suchen.

Eine Politik des Vertrauens und der Stärke muss wieder her, denn das ist auch der einzige Weg, wieder stabile Mehrheiten zu formieren und Regierungen zu bilden, die neues Vertrauen schaffen. Schluss mit Sparmaßnahmen bei der inneren Sicherheit, endlich überall angemessene Besoldung und Versorgung, Wertschätzung und Anerkennung der Belegschaft sowie Beachtung der Grundsätze des Berufsbeamtentums. Das sind nur einige der Grundsätze, denen endlich wieder Geltung verschafft werden muss.

Wer kein positives Staatsverständnis hat und ständig nur Minderheitengruppen nachläuft, darf sich nicht darüber wundern, wenn sich die Wählerinnen und Wähler anders orientieren. Und wer nach den Wahlen anders regiert, als er vorher versprochen hat, wird für lange Zeit Vertrauen verlieren und schadet auch der Demokratie, denn Glaubwürdigkeit ist das Stammkapital der Demokratie.

Das Grundgesetz hat den Parteien eine starke Rolle zugewiesen – es ist deren Pflicht, diesem Auftrag wieder zu folgen. —